

10. Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation

Postulat Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Andrea Gisler (GLP, Gossau), Judith Anna Stofer (AL, Zürich), Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti) vom 19. Oktober 2020

KR-Nr. 377/2020, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Daniel Wäfler hat an der Sitzung vom 8. Februar 2021 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten): Es ist schandhaft, dass wir heute über die Überweisung dieses Postulates diskutieren müssen, dass wir dank der SVP darüber diskutieren müssen, ob Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität oder Geschlechtsidentität diskriminiert, herabgesetzt, verbal und tätlich angegriffen werden, Schutz verdient haben; dass wir darüber diskutieren müssen, ob der Kanton Zürich seiner Pflicht nachkommt und sich für die Gleichstellung aller Menschen einsetzt. Das sollte keine Diskussionen auslösen. Denn wenn ich Sie an die Präambel der Schweizer Verfassung erinnern darf, baut die Schweiz auf Toleranz, Vielfalt, Offenheit und vor allem auf Solidarität auf, im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben, gewiss, dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen. Und dann geht es gleich weiter mit den Grundrechten. Artikel 7, Menschenwürde, Artikel 8, Rechtsgleichheit, Artikel 10, Recht auf Leben und auf persönliche Freiheit, und so weiter.

Aber hier geht es um die Gleichstellung von queeren Menschen. Es geht um unseren Schutz, die Wahrung unserer Grundrechte, welche in der Verfassung verankert sind, und um unsere Menschenrechte. Wenn es um queere Menschen geht – das haben wir in der letzten Zeit leider vermehrt lernen müssen, dann sind Verfassung, Menschenrechte, Menschlichkeit und Respekt für die SVP plötzlich zweitrangig. Oder warum haben Sie sonst eine Diskussion gefordert bei einem Postulat, welches die Regierung entgegennehmen will? Wahrscheinlich werden Sie das Argument vorschieben «das ist ein Nischenproblem und wir sollten uns den wirklichen Problemen zuwenden statt den Staat weiter aufzublähen». Also diskutieren wir mal so, als wäre das Ihr ehrlicher und einziger Grund, warum Sie die Diskussion gefordert haben.

Queere Menschen sind eine Minderheit, das stimmt. Aber wir sind genauso ein schützenswerter und valider Teil der Gesellschaft, der Bevölkerung. Wir sind eure Geschwister, Kinder, Enkel, Freundinnen, Arbeitskolleginnen und wir sind betroffen von Diskriminierung, Hetze und Gewalt. In der Arbeitswelt gibt es eine gläserne Decke für uns, in der Freizeit müssen einige von uns darauf achten, wie und wo und mit wem sie sich bewegen wollen, um sicher zu sein.

Sie denken, es ist ein Nischenproblem. Sie denken, dass für unseren Schutz und unsere Gleichstellung keine zusätzlichen Massnahmen nötig sind. Dann frage ich Sie: Wie oft wurden Sie in der Vergangenheit angepöbelt, angegriffen oder haben Gewalterfahrung, wenn Sie nach einem Date mit Ihrer Begleitung nach Hause gingen? Wie oft haben Sie sich überlegt, die Hand Ihrer Begleitung loszulassen, weil Sie durch ein bestimmtes Quartier oder zu einer bestimmten Tageszeit unterwegs waren? Wie oft haben Sie es vermieden, über Ihre Partnerin oder Ihren Partner zu sprechen, oder gelogen, wenn es um Ihre Beziehung ging? Wie häufig standen Sie vor einem WC und mussten sich fragen, bei welchem sie weniger Blicke, weniger Anfeindungen und Beleidigungen ertragen müssen? Wie oft mussten Sie sich in der Vergangenheit in den Kommentarspalten, in Artikeln, in sozialen Medien oder in öffentlichen politischen Voten anhören, dass Ihre Liebe oder Ihre Identität falsch, unnatürlich, ekelhaft ist und ausgemerzt gehört?

Das ist die Realität von vielen Menschen. Das ist die Realität der Queer-Community und das ist kein Nischenproblem. Das ist ein Problem, welches die ganze Gesellschaft betrifft. Denn wenn wir als Gesellschaft eine solche Intoleranz, einen solchen Hass, solche Unterdrückung und Gewalt tolerieren gegenüber einem Teil – irgendeinem Teil – der Gesellschaft, dann haben wir auf ganzer Linie versagt. Und wir fordern auch nicht, den Staat aufzublähen. Dieses Postulat fordert lediglich eine Prüfung, wie gegen Diskriminierung und Hasskommunikation von staatlicher Seite aus vorgegangen werden kann.

Denn auch wenn es offensichtlich einen gesellschaftlichen Wandel braucht, so ist es in der Verantwortung des Staates, diesen, so gut es geht, voranzutreiben. Aktuell geschieht in diesem Bereich noch viel zu wenig. So gibt es im Kanton Zürich keine staatliche Anlaufstelle, welche spezifische Expertisen in diesem Bereich hat. Dabei müsste das Rad nicht neu erfunden werden. Die Stadt Zürich zum Beispiel hat vor einigen Jahren erfolgreich ihre Fachstelle für Gleichstellung auf die Queer-Community ausgeweitet. Es wäre durchaus eine Möglichkeit, dies für den Kanton Zürich zu adaptieren, denn die Unterdrückungsmechanismen sind durchaus miteinander verwandt, und so könnten Synergien und Expertisen, die bereits bestehen, sinnvoll genutzt werden.

Die Situation im Kanton Zürich ist durchaus nicht mehr so prekär wie noch vor einigen Jahrzehnten oder wie in einigen anderen Teilen der Welt. Das haben wir vielen mutigen Vorkämpferinnen und Vorkämpfern zu verdanken, welche sich in der Politik und in der Zivilbevölkerung für mehr Akzeptanz und für mehr politische und rechtliche Gleichstellung eingesetzt haben. Aber die Situation ist bei weitem noch nicht gut. Wir sind noch weit von einem diskriminierungsfreien Kanton Zürich entfernt. Und wenn wir diesen erreichen wollen – und ich habe die Erwartung, dass das alle fortschrittlichen Parteien möchten –, dann können wir uns nicht einfach zurücklehnen und auf bessere Zeiten hoffen. Dann können wir uns nicht mit dem Status quo zufriedengeben, dann braucht es ehrliche Bemühungen. Darum stimmen Sie mit uns für die Überweisung dieses Postulats. Besten Dank.

Daniel Wäfler (SVP, Gossau): Die SVP/EDU-Fraktion hat damals zusammen die Diskussion beschlossen und hier im Rat verlangt. Ich möchte aber betonen, dass heute die EDU noch eine separate Erklärung abgeben wird zu diesem Thema und ich jetzt im Namen der SVP spreche.

Wie tolerant ist unsere Gesellschaft wirklich? Wenn es darauf ankommt, dann kommen die Triebfedern «Angst» und «Verlangen» oft unschön zum Vorschein, und es braucht dann viel Empathie und Vernunft, um nicht auf Sündenböcke zurückzugreifen, wenn es nicht wie gewünscht läuft. Minderheiten können ein Lied davon singen, da sie vulnerabler als Mehrheiten sind. Und bei der angesprochenen Community, welche Gegenstand des Postulates ist, trifft dies natürlich besonders zu. Die im Postulat aufgeführten Fragestellungen sind somit aus Sicht der betroffenen Personen und deren Angehörigen eine gesellschaftliche Realität. Die Stärke der Gesamtgesellschaft zeigt sich im Umgang mit den Minderheiten und deren Ängsten.

In diesem Sinne ist die Haltung des Regierungsrates selbstredend, und auch das Recht auf Unversehrtheit von Minderheiten ist voll gerechtfertigt. Der Schutz vor Gewalt ist bereits in der Verfassung und im Strafrecht festgeschrieben und ein Umdenken in der Gesellschaft, wie die Vorrednerin schon gesagt hat, ist im Gange. Wo es immer noch schlummernde Vorurteile gibt, dort ist sicher ein weiteres Umdenken im Gange, und die Meinungsfreiheit muss für alle gelten. Trotzdem möchte die SVP an dieser Stelle den Mahnfinger heben und betonen, dass die Meinungsfreiheit auch für unbequeme Positionen gilt, die nicht gerade so in Mode sind. Falls Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten zu sagen, was sie nicht hören wollen. Diese Worte von George Orwell (*englischer Schriftsteller*) aus «Farm der Tiere» sind einer Demokratie würdig und ein Abbild. Nur schon, dass ich es hier zitieren darf, war die Diskussion wert.

Aus Sicht der SVP waren die rechtlichen Rahmenbedingungen schon ohne den zusätzlichen Artikel der Strafnorm gegeben, um die Community vor Aggressionen zu schützen. Das Volk hat aber, wie immer in der Demokratie, richtig entschieden und hat hier das Gesetz verschärft. Trotzdem wird nun oder wurde – es ist auch schon ein Zeitchen seither – nun dieser Bericht gefordert und aus Sicht der SVP-Fraktion bloss ein weiterer Verwaltungsaufwand betrieben. Also hier hat die Vorrednerin recht, uns dies zu unterstellen. Die anderen Gedanken, was wir genau denken und was unsere Motive sind, probiere ich jetzt hier zu erklären. Aber wir möchten nicht einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand mit diesem Postulat betreiben.

Die persönliche Integrität sowie die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung sollte aber allen Menschen zustehen. Denn je nach Konstellation und Kategorisierung können wir alle irgendwann in der Minderheit sein, hier wieder Stichwort «Empathie». Die Grenzen dieser Freiheiten sind dann in den wohl austarierten Gesetzen geregelt, und die aktuellen Gesetze sind in dieser Hinsicht aus Sicht der SVP-Fraktion ausreichend. Seit über 100 Jahren kämpft die SVP für Freiheit und Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, egal, wie sie genau fühlen. Die Ein-

führung des Proporz 1919 war ein erster grosser Schritt zur Abbildung der Minderheiten. Genau darin liegt auch der Auftrag unseres Staatswesens. Wir erwarten von unserem Rechtsstaat, dass er uns gegen innen und aussen Sicherheit gibt, damit wir unsere Freiheit nutzen können. Doch der Staat kümmert sich heute um alles Mögliche – dies ist etwas unsere Befürchtung –, aber viel zu wenig um seine Kernaufgabe, die Erhaltung der freiheitlichen Rechte der Bürgerinnen und Bürger und somit des Volkes.

Die SVP-Fraktion steht zum Rechtsstaat und den Rechten von Minderheiten und erachtet den zusätzlichen Bericht daher als nicht mehr notwendig und wird das Postulat aus den vorgenannten Gründen darum nicht überweisen.

Andrea Gisler (GLP, Gossau): Gut 63 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung – das ist deutlich mehr als bei der Ausschaffungsinitiative – 63 Prozent haben im Februar 2020 entschieden, dass die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung und der Aufruf zu Hass unter Strafe gestellt werden sollen. Damit hat das Stimmvolk klar zum Ausdruck gebracht, dass in einer freiheitlichen Gesellschaft Hass und Diskriminierung keinen Platz haben.

Leider sieht die Realität anders aus: LGBTIQ-Menschen (*Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexual, Queer*) erleben im Alltag nicht selten offensichtliche oder subtile Diskriminierung. Übergriffe und Hasskommunikation nehmen zu. Vor allem auf Social Media ist die Hemmschwelle für Beleidigungen, Beschimpfungen und Anfeindungen deutlich gesunken. Besonders betroffen sind nicht nur LGBTIQ-Menschen, sondern auch andere Personengruppen, die im realen Leben um ihre Rechte in der Gesellschaft kämpfen müssen. Im letzten Mai haben wir im Zusammenhang mit dem Gender-Tag in Stäfa erlebt, was rechte Hetze anrichtet. Aber es gibt auch im anderen politischen Spektrum Hetze. Hasskommunikation geht uns alle an und es darf keinen Unterschied machen, von welcher Seite sie kommt. Hasskommunikation hat gravierende Folgen für die Betroffenen. Sie hat aber auch weitreichende Folgen für die Gesellschaft als Ganzes. Sie ist im gesellschaftlich-politischen Diskurs eine Gefahr: Wenn eine hetzende Minderheit den politischen Diskurs dominiert wird, die freie Meinungsäusserung und letztlich die Demokratie gefährdet. Manche Menschen wagen nicht mehr, ihre Meinung frei zu äussern. Sie ziehen sich eingeschüchtert aus dem digitalen Raum zurück. Gegen diese Entwicklung müssen wir ankämpfen. Stop Hate Speech!

Mit dem Postulat wird der Regierungsrat ersucht, in einem Bericht aufzuzeigen, wie Diskriminierungen und Hasskommunikation wirksam entgegengetreten werden kann. Der Regierungsrat ist bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen, und ich verstehe nicht, warum Diskussion verlangt wurde. Diskutieren können wir, wenn der Bericht vorliegt. Die Grünliberalen werden das Postulat überweisen.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Ich möchte heute hier festhalten, dass jeder Mensch, unabhängig von seiner sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, unseren Respekt und Schutz verdient. Es ist unabdingbar, dass niemand aufgrund seiner Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexuellen Orientierung diskriminiert wird. Jeder Mensch sollte sich sicher und geschätzt fühlen.

Als Christ fühle ich mich aber verpflichtet, auch meine religiösen Überzeugungen zu teilen. Während ich hinter Würde und Rechten von LGBT-Menschen stehe, möchte auch ich das Recht haben, meine Meinung zu Themen zu äussern, die meine religiöse Überzeugung betreffen. In einem demokratischen Land sollten wir in der Lage sein, unterschiedliche Ansichten und Überzeugungen zu teilen, ohne Angst vor Vergeltung oder Vorverurteilung zu haben. Das bedeutet nicht, dass ich Diskriminierung oder Hass fördere, im Gegenteil: Mein Glaube lehrt mich, Liebe gegenüber allen zu zeigen. Aber Liebe bedeutet auch, respektvoll Uneinigkeit zeigen zu können. So bitte ich darum, dass meine religiösen Überzeugungen respektiert werden, so wie ich die Lebensentwürfe anderer respektiere. Lassen Sie uns einen Weg finden, der sowohl die Gleichheit als auch das Recht auf Meinungsäusserungsfreiheit schützt und fördert, zum Beispiel jetzt dann ganz konkret am 16. September 2023 in Oerlikon, wo dann auch dieses Jahr der «Marsch fürs Läbe» stattfindet.

Wir können uns einig sein, dass Diskriminierung abzulehnen ist, während wir gleichzeitig die Vielfalt der Überzeugungen und Ansichten schätzen, die uns alle einzigartig machen. Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis und hoffe auf einen Dialog der hüben und drüben von Respekt geprägt ist. Die EDU lehnt das Postulat ab, weil es sehr einseitig ist. Danke.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Dieses Postulat wurde 2020, also vor drei Jahren, eingereicht, und kurz vor der Einreichung hatten wir einen Volksentscheid, Sie haben es gehört. Das Volk hat entschieden, dass die Antirassismus-Strafnorm ausgeweitet wird auf Diskriminierung wegen sexueller Orientierung. Ja, und das ist halt eben die Grenze der Meinungsfreiheit. Das Gesetz verbietet die Äusserung von rassistischen Inhalten. Das Gesetz verbietet Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und es verbietet auch Hass und Hetze gegenüber Minderheiten. Die Bevölkerung gibt sich mit einem solchen Entscheid selbst Grenzen und diese Grenzen sind zu respektieren. Hass und Diskriminierung und Hasskommunikation, das wollen wir nicht. Und das ist nicht einfach eine Meinung, wenn ich eine Hasskommunikation mache. Das geht nicht und das ist verboten, das ist auch richtig so. Wenn ich diese Voten von der anderen Ratsseite höre, denke ich: Gut, haben wir dieses Postulat auf den Weg geschickt, denn wir haben noch einen grossen Weg vor uns.

Mit diesem Postulat wird ein Bericht gefordert zur Umsetzung im Kanton Zürich. Und nach monatelanger Hetzerei – man kann es leider nicht anders sagen – durch SVP-Exponentinnen und –Exponenten, durch Aufstand gegen queere Themen, Um-sich-Werfen mit Begriffen wie Woke-Wahnsinn und Gender-Terror hat sich zum Glück die Situation nun etwas beruhigt. Nun hat wohl auch die SVP begriffen, dass sich damit keine Sympathien und auch nicht besonders viele Wählerinnenstimmen holen lassen. Aber lassen wir uns nicht täuschen. Es ist nun nicht so, dass dann, wenn weniger laut gepoltert wird, alles gut ist. Das Repertoire bei Diskriminierung ist gross. Wir sehen es hier: Eine beliebte Methode ist, gesellschaftliche und politische Anstrengungen zu behindern, welche gegen Diskriminierung vorgehen wollen. Wir müssen also alles daransetzen, dass wir hier als Gesellschaft

weiterkommen. Neben der Gesetzesänderung auf Bundesebene sind weitere Schritte nötig, und da geht es um die Umsetzung auf der kantonalen Ebene. Diese muss transparent und konkret sein und sie muss öffentlich demokratisch diskutiert werden können. Und dafür ist dieser Bericht geeignet. Der Bericht soll aufzeigen, wie die Gleichstellung von Queers gefördert werden kann, wie wirksame Methoden gegen Hasskommunikation entwickelt werden können und wie wir diese Aufgaben in der kantonalen Verwaltung verankern können.

Ein solcher Bericht wird sicher dazu beitragen, dass sich Haltungen weiterentwickeln und auch zunehmend an den Werten einer modernen und aufgeschlossenen Gesellschaft orientieren. Die Grünen danken Ihnen für die Unterstützung des Postulats.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Jeder sollte in der Schweiz sorgenfrei unterwegs sein und nicht aufgrund ihrer, seiner oder jeder sexuellen Orientierung oder auch des Aussehens Diskriminierungen oder – noch schlimmer – Hassverbrechen ausgesetzt sein.

Dies sollte selbstverständlich sein. Leider ist dem aber nicht so, denn Hassverbrechen, die wohl sichtbarste und auch am besten messbare Form der Diskriminierung, nehmen stetig zu. Und genau dies ist ein Problem. Dass hier nun die SVP dagegen ist, verwundert nicht. Denn wenn wir über Hassverbrechen und Transfeindlichkeit und dergleichen reden, dann müssen wir auch über Hasskommunikation und strukturelle Diskriminierung reden, und genau da gehen Ihre Exponenten zuvorderst voran und sind damit direkt mitverantwortlich für solche Hassverbrechen. Ungeachtet Ihres vorherigen handzahmen Votums – es wäre wohl auch dumm von Ihnen, in diesem Moment etwas anderes vom Stapel zu lassen –, sind es bei diesem Postulat Ihre Leute – und dies muss benannt werden –, die hier am «Zeuseln» und damit indirekt mitverantwortlich für solche Eskalationen sind, wenn Faschisten beispielsweise Veranstaltungen mit Kindern attackieren. Und dies sind auch keine Einzelfälle, wie Ihre Exponenten in Social Media, Stichwort «Schule Stäfa» und auch durch ihre Voten hier im Rat zu anderen Gelegenheiten durchaus beweisen.

Doch dies ist nur die ekelhafte Spitze des Eisbergs und hier gilt es anzusetzen. Neben Hasskommunikation am Stammtisch und in den sozialen Medien gibt es noch viel mehr unterschwellige Diskriminierungen, die gar nicht erst sichtbar sind, die Sie, ehrlich gesagt, auch kaum sehen können, wenn Sie nicht sehr direkt betroffen sind. Diese bemerken Sie nur, wenn Sie selber davon betroffen sind, wenn Sie selber dies tagtäglich im Alltag niederschwellig erleben. Und hier gilt es das Problem an der Wurzel anzupacken. Da dieses Thema auch neuer ist, haben wir natürlicherweise auch ein Entwicklungspotenzial und einen Nachholbedarf in diesem Feld. Was bekannt ist, ist, dass die Hassverbrechen steigen, und wir dürfen wohl auch mit einer grösseren Dunkelziffer bei der Diskriminierung rechnen, vieles ist dabei auch Graubereich. Es gibt bereits erst die Daten aus dem Kanton Freiburg, die genau dies zeigen, aber es braucht hier sicher genauere Erhebungen. Es muss auch mehr Aufmerksamkeit geschaffen werden bei diesen Themen. Es braucht Sensibilisierungskampagnen wie beispielsweise in der Stadt Zürich mit

der Kampagne «Zürich schaut hin», auf die ich hier verweisen will. Mit der Ausweitung der Antirassismus-Strafnorm haben wir hier auch einen Auftrag des Volkes, hier tätig zu werden.

Und dieses Postulat ist übrigens, ungleich meinem Votum zuhanden der Gegenseite hier, relativ harmlos. So wird eine Anknüpfung an die bereits bestehende Fachstelle Gleichstellung von Mann und Frau vorgeschlagen. Und wie Sie alle hier als Parlamentarier wissen, ist ein Postulat quasi die harmloseste Form eines Vorstosses. Es gibt nämlich dem Regierungsrat die Chance, hierzu einen Bericht zu verfassen, uns quasi aufzuzeigen, was hier unternommen wird. Dies sollte eigentlich komplett unbestritten sein, und die Ablehnung der SVP spricht hier, ungleich dem Votum, Bände. Die AL wird das Postulat selbstverständlich überweisen.

Christoph Marty (SVP, Zürich): Mit diesem Postulat soll also der Regierungsrat gebeten werden, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die angeblich neuen Herausforderungen für einen wirksamen Diskriminierungsschutz angegangen werden können. Sie behaupten, LGBT-Menschen seien wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität, ihres Geschlechtsausdrucks, was auch immer das sein soll, und ihrer Geschlechtsmerkmale – ich nehme an, damit ist gemeint: wenn die äussere Erscheinung einer Person offensichtlich in keiner Art und Weise mit dem unübersehbaren biologischen Geschlecht übereinstimmt – vermehrt Opfer von Hass und Gewalt. Mal davon abgesehen, dass diese Behauptung tendenziös und an den Haaren herbeigezogen ist, was soll dann mit dem gewünschten Bericht genau erreicht werden? Aber das erfahren wir ein paar Zeilen weiter in aller Deutlichkeit. Der Bericht soll ausserdem aufzeigen, ob und wie diese Aufgaben an bereits existierende Strukturen angeknüpft werden können, wie zum Beispiel der Fachstelle Gleichstellung von Mann und Frau.

Aha, daher wird der Wind also. Wir schreiben mittlerweile das Jahr 2023, und selbst den unbedarftesten Zeitgenossen wird langsam klar, dass die Frauen im Kanton Zürich, ja, in der ganzen Schweiz den Männern gegenüber mindestens gleichgestellt sind, und das nicht erst seit gestern. Diese sogenannten Fachstellen, sollten sie je für etwas gut gewesen sein, haben schon längst jede Daseinsberechtigung verloren. Aber aufgehoben werden dürfen sie natürlich nicht, sind es doch verdiente Genossinnen, welche da, womit auch immer, die Arbeitstage durchbringen, welche dafür vom Kanton grosszügig alimentiert werden. Und damit das so bleiben kann, sollen mithilfe solcher Berichte neue Tätigkeitsfelder geschaffen werden. Eine der Folgen davon wird sein, dass die Menschen daran gehindert werden sollen, von ihrer verfassungsmässig garantierten Meinungsfreiheit Gebrauch machen zu dürfen, dass jeder mundtot gemacht werden soll, der eure schöne, neue, woke Regenbogenwelt nicht ganz so toll findet wie ihr. Wenn also, wie in der Frauen-Badi in der Stadt Zürich geschehen, einer Person mit offensichtlich männlichen sekundären Geschlechtsmerkmalen der Zutritt verweigert wird, dann ist das nach Lesart eures Postulates offenbar diskriminierend. Dann soll sich künftig eine Fachstelle um solch wichtige Belange kümmern, schliesslich hat sich diese bemitleidenswerte Person ja für 70 Franken zur Frau umschreiben

lassen. Wenn ich im Strassenverkehrsamt an einem Auto ein paar Felgen eintragen lassen möchte, dann ist das ein ungemein aufwendiger Verwaltungsakt (*Zwischenrufe*). Also was wollt ihr eigentlich noch alles? So haben wir doch genügend Redezeit für ein grenzwertiges Postulat aufgewendet. Bis jetzt ist der Schaden noch überschaubar. Seien Sie also bitte darum besorgt, dass nicht auch der Regierungsrat Ressourcen zur Erstellung eines unnötigen Berichts aufwenden muss.

Patrick Hässig (GLP, Zürich): Jetzt muss ich zuerst einmal ein bisschen Luft holen nach dem Votum von Christoph Marty. Er sagt, die diversen Situationen, welche LGBTIQ-Menschen erleben, seien alle an den Haaren herbeigezogen. Das geht auf keine Kuhhaut, mal so vorweg.

Das Diskriminierungsverbot ist in der Bundesverfassung verankert. Dennoch erleben in unserer scheinbar toleranten Gesellschaft LGBTIQ-Menschen im Alltag Diskriminierung. Es ist immer schwierig, sich in eine Situation hineinzusetzen, die man nicht wirklich spürt oder vielleicht verstehen kann. Dies nehme ich Ihnen auch nicht unbedingt übel. Man könnte jedoch sagen, okay, diese Thematik ist für die Betroffenen offenbar wichtig, uns fällt kein Stein aus der Krone, überweisen wir dieses Postulat. Es ist ein Postulat, liebe SVP, liebe EDU.

Beim Votum von Hannah Pfalzgraf, welche diverse Situationen aufführte, wurde geschmunzelt. Ich denke, dies ist bereits der Beweis, dass es tatsächlich Zeit ist, dass man gegen Diskriminierung oder Verharmlosung dieser Thematik vorgehen muss. Als Mann, der mit einem Mann durchs Leben geht, kann ich den Skeptikerinnen jedoch sagen: Es ist nicht lustig, wenn man nur infolge der sexuellen Orientierung Hass, Gewalt, ob online oder auf der Strasse, oder Hetze erfährt und aushalten muss. Gerade online, in den sozialen Medien und Kommentarspalten von Tageszeitungen finden sich beunruhigend oft Kommentare oder Äusserungen, die man so nicht stützen oder auch nicht stehenlassen kann. Ich frage mich sowieso, weshalb man sich bei Kommentarspalten in Tageszeitungen – Tagesanzeiger, auch NZZ – nicht anmelden und verifizieren muss, also mehr als nur mit einer vielleicht fiktiven E-Mail-Adresse, welche man ja eigentlich täglich ändern kann, und es überhaupt nicht mehr nachvollziehbar ist, wer jetzt hier getextet hat; in Schweden zum Beispiel ist dies die Regel. Dieses anonyme Getue auf den sozialen Medien nimmt teilweise ein Ausmass an, welches brutal ist. Gerade Menschen, die einer Minderheit angehören, sich trauen, sich in der Öffentlichkeit zu äussern, sich zu zeigen, auf Themen aufmerksam zu machen, welche nötig sind, müssen teils eine dicke Haut vorweisen. Ich bitte Sie daher, diesem Postulat zuzustimmen. Es geht um die Gleichstellung von allen Menschen, allen Religionen, liebe EDU, das ist selbstverständlich, und nicht um eine Modeerscheinung, Herr Wäfler. Besten Dank. (*Applaus auf der linken Ratsseite*)

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Ich bitte, Applaus zu unterlassen.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Ich bin beruhigt, dass auch noch der FDP das Wort erteilt wird. Wir machen das gewohnt nüchtern und pragmatisch und stellen fest: Es ist offensichtlich, dass im Internet, besonders in den sozialen Medien und den

Online-Kommentarspalten in allen Zeitungen, teilweise in sehr abschätziger Art und offen diskriminierend über verschiedene Personengruppen gesprochen, ja geradezu gegen sie gehetzt wird. Personen, die sich der LGBTIQ-Community zuordnen, sind von Hassrede und offenen Anfeindungen besonders betroffen, und verschiedene Studien und Auswertungen, Christoph Marty, lassen durchaus den Schluss zu, dass die Zahl solcher Anfeindungen tendenziell zunimmt. Die Erfahrung zeigt, dass auch im Kanton Zürich Handlungsbedarf besteht, und dieses Problem betrifft sogar uns selbst, wie wir in den letzten Wochen erlebt haben, auch viele Leute, die sich in der Öffentlichkeit und im Milizsystem engagieren. Und gerade heute haben ja Frau Regierungsrätin Jacqueline Fehr, unsere Kantonsratspräsidentin und auch der Präsident des GPV (*Gemeindepräsidienverband*), Kollege Jörg Kündig eine Medienkonferenz durchgeführt und dabei eine Umfrage angekündigt, die die Informationsbasis schaffen soll, um gegen Hassschriften an politisch aktive Personen vorzugehen. Es stellen sich im Diskriminierungsschutz also offensichtlich Herausforderungen und es besteht Handlungsbedarf. Deshalb wird die FDP das Postulat überweisen. Wir möchten insbesondere wissen, welche konkreten Handlungsmöglichkeiten in diesem Bereich auf kantonaler Stufe bestehen, und empfehlen, deshalb den Bericht etwas auf diese Frage zuzuschneiden.

Fast niemand hat etwas zum zweiten Teil des Postulates gesagt, ich möchte das noch nachholen. Ich bin nämlich noch nicht so sicher und möchte es ausdrücklich offenlassen, ob die Fachstelle für Gleichstellung tatsächlich der geeignete Ort ist für diese Aufgabe. Es gibt bekanntlich auch bei der Gleichstellung von Mann und Frau durchaus weiterhin Baustellen, an denen zu arbeiten ist. Aber selbstverständlich, dies in Richtung Regierung, verschliessen wir uns nicht einer Überprüfung der Verwaltungsorganisationen. Es ist immer gut zu evaluieren, ob Ämter und Fachstellen weiterhin so aufgestellt sind, inhaltlich und organisatorisch, wie es die Anforderungen der Zeit erfordern, im Gegenteil: Wir wünschen uns, dass es eigentlich viel häufiger passiert. Uns wurde letzte Woche auch noch der neue KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) vorgestellt. Also insgesamt: Überprüfen wir unsere Verwaltungsstrukturen und evaluieren wir, welche Massnahmen der Kanton in Bezug auf die Gleichstellung von LGBTI-Menschen und hinsichtlich der Hasskommunikation gegenüber allen möglichen Personengruppen im Kanton Zürich unternehmen kann.

Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti): Die Gleichstellung von LGBTI-Menschen ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer gerechteren und toleranteren Gesellschaft. In den letzten Jahren haben wir Fortschritte in Richtung Gleichstellung gesehen, aber es bleibt noch viel Arbeit zu tun. Toleranz ist der Schlüssel zur Förderung der Gleichstellung. Es geht nicht nur darum, die Rechte und Freiheiten von LGBTI-Menschen anzuerkennen, sondern auch darum, sie als gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft zu akzeptieren. Toleranz bedeutet, Vorurteile und Stereotypen abzubauen und stattdessen Mitgefühl und Respekt zu fördern. Ein ernstes Hindernis auf dem Weg zur Gleichstellung ist Hate Speech. Hassreden, Diskriminierung und Gewalt gegen LGBTI-Menschen sind inakzeptabel und

müssen entschieden bekämpft werden. Hate Speech trägt dazu bei, Vorurteile zu schüren und die soziale Isolation von LGBTI-Personen zu verstärken. Es ist die Aufgabe der Gesellschaft, solche Verhaltensweisen zu ächten und zu bestrafen, um eine sichere Umgebung für alle zu schaffen.

Die Politik kann eine entscheidende Rolle bei der Förderung der Gleichstellung und Toleranz spielen. So war die Ausweitung der Antirassismus-Strafnorm ein wichtiger Schritt. Wenn für die SVP «Meinungsfreiheit» bedeutet, dass Hass und Beleidigungen in Ordnung sind, dann macht mir das grosse Sorgen. Für mich gilt bei jeder freien Meinungsäusserung das Einhalten von Anstand und Respekt.

Umso wichtiger ist es, Aufklärungsarbeit zu leisten. Die SVP hat soeben bewiesen, dass es weitere Massnahmen braucht, und deshalb bitten wir den Regierungsrat darum, in einem Bericht aufzuzeigen, wie wir einer inklusiven Gesellschaft näherkommen, ohne Hasskommentare, dafür mehr Toleranz für eine gerechtere Welt für alle. Die Mitte wird das Postulat überweisen.

Tobias Mani (EVP, Wädenswil): Als EVP haben wir uns seit jeher für den Schutz von Minderheiten eingesetzt und selbstverständlich auch für die Meinungs-, Glaubens-, Gewissensfreiheit oder auch die Religionsfreiheit. Hass und Hetze gegen Minderheiten, Hass und Hetze gegen alle Menschen verurteilen wir aufs Schärfste. Der Schutz von Minderheiten und die Respektierung von anderen Meinungen sind für uns elementar. Alle Menschen sollen vor dem Gesetz gleich sein. Allen Schutzbedürftigen, allen Minderheiten, schlicht allen Menschen in unserem Land und auch im Kanton Zürich stehen die verfassungsmässigen Rechte zu und sollen vom Staat in ihrer Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit geschützt werden. Und selbstverständlich gehören auch LGBTI-Menschen dazu. Von einer allfälligen Postulatsantwort erwarten wir, dass diese eine nicht ideologisch gefärbte Auslegeordnung vornimmt und aufzeigt, welche Massnahmen zum besseren Schutz von LGBTI-Menschen, aber auch von der gesamten Zürcher Bevölkerung gegen Hasskommunikation getroffen werden oder getroffen werden könnten.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch die Bemerkung: Toleranz darf keine Einbahnstrasse sein. Wir wünschen uns sehr, dass ein toleranter Umgang mit Minderheiten auch dann gilt, wenn diese einmal eine andere Meinung vertreten als die Postulanten. Ich denke hier beispielsweise an die Diskussion rund um den Zugang von Sterbehilfeorganisationen in Alters- und Pflegeheimen. An solchen Punkten zeigte sich dann erst, wie ernst es einem mit Respekt und Toleranz gegenüber Minderheiten ist.

Die Regierung ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Als EVP werden wir das Postulat überweisen und sind gespannt auf die Antworten des Regierungsrates.

Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf): Gewiss, die LGBTI-Community mit ihrem Regenbogen profitiert vom Mainstreaming der Gesellschaft. Aber ich stelle die grundsätzliche Frage: Ist es ein grundsätzliches Problem? Nein, ist es nicht, es wird politisch ausgeschlachtet. Bei diesem LGBTI-Thema handelt es sich um ein

gesellschaftspolitisches Thema. Dieses ist durchdrungen vom melodramatischen Prinzip, das da lautet: Es gibt das Gute und das Böse, meist in Form von gerecht und ungerecht. Wenn das Melodrama eines kann, dann Empörung auslösen, Kollegin Pfalzgraf hat sich dieses Prinzips mustergültig bedient, Kompliment. Und dann erhält dieses Thema noch wesentliche Unterstützung von der vierten grossen Gewalt, den Medien. Diese treten dann eine propagandistische Welle los, und dies alles in der Meinung, etwas Gutes zu tun. Also kann durchaus von einer bewusst gesteuerten Verblendung gesprochen werden.

Ja, wir müssen uns für Freiheit, Gerechtigkeit und Akzeptanz einsetzen. Und ja, wir sollten uns für die Menschen, alle Menschen, auch für die Persönlichkeiten der LGBTI-Community interessieren, ganz im Sinne der Nächstenliebe. Aber nicht die politischen Themen sollen im Vordergrund stehen, sondern die Menschen dahinter. Denn sonst werden diese Menschen für Politisches missbraucht. Deswegen ist dieses Postulat abzulehnen.

Ordnungsantrag

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wir haben einen Ordnungsantrag von Anne-Claude Hensch Frei.

Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich): Ich stelle den Antrag,

die Rednerliste zu schliessen.

Es finden noch Fraktionsausflüge statt und wir werden nicht mehr weitere gute Argumente zu diesem Postulat hören.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Der Kantonsrat stimmt dem Ordnungsantrag mit 129 : 26 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Die Rednerliste ist geschlossen.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Ich finde es einfach noch einmal wichtig, klare Kante zu zeigen gegen das sehr unanständige Votum von Christoph Marty. Sie vergleichen Menschen mit Felgen, Sie entmenschlichen LGBTIQ-Menschen, Sie stottern extra, wenn Sie das sagen, um zu zeigen, dass es das ja eigentlich gar nicht gebe und es eine Modeerscheinung sei. Ich finde das einfach sehr unanständig und dieses Rates unwürdig. Und um es in den Worten von Manuel Sahli zu sagen: Das ist eben nur die widerliche Spitze des Eisberges und es zeigt sehr schön auf, warum wir Massnahmen brauchen, wenn sogar die Mitglieder des Kantonsparlaments sich so unanständig, so entmenschlichend äussern.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Hannah Pfalzgraf und die anderen Befürworterinnen dieses Vorstosses haben bereits detailliert ausgeführt, weshalb dieser so wichtig ist. Es ist klar, ein Diskriminierungsschutz auf Papier reicht eben nicht. Ein Schutz, der nicht mit wirksamen Massnahmen verbunden ist, ist eben kein

wirklicher Schutz. Deshalb ist es ja so zentral, dass dieser Vorstoss angenommen wird.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch nochmals auf die entlarvenden Voten der SVP und EDU eingehen: Man kann sich nicht im gleichen Satz gegen Hass und Diskriminierung, für Respekt aussprechen und danach latenten Sexismus, Transfeindlichkeit einfach tolerieren. Man kann nicht fordern, dass Massnahmen für Gleichstellung und gegen Hass und Diskriminierung gestrichen werden. Es überrascht mich auch nicht, dass Sie behaupten, Sie sähen diesen Hass und diese Diskriminierung nicht, denn Ihre Parteixponentinnen und -exponenten sind regelmässig ganz vorne mit dabei. Ob die mediale Hetzkampagne gegen den Gender-Tag in Stäfa, ob es Drohungen sind gegen die Drag-Story-Time in Oerlikon oder ob Ihre Jungpartei in Bern wegen ein paar Regenbogenfahnen absolut den Verstand verliert und alle queeren Menschen grundsätzlich herabsetzt und diskriminiert, Widerworte von Ihnen, geschätzte SVP oder EDU, habe ich nicht gehört. Es zeigt sich also: Es sind leere Worte, womit Sie Ihren Hass zu verdecken versuchen. Aber wenn es Ihnen wirklich darum geht, etwas zu ändern, dann a) überweisen Sie Vorstösse wie diesen und b) lassen Sie solche transfeindlichen, sexistischen und queerfeindlichen Aussagen Ihrer eigenen Parteixponentinnen und -exponenten in diesem Rat oder ausserhalb nicht stehen. Besten Dank.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Ich möchte mich dem gemässigten Votum von Daniel Wäfler anschliessen. Es geht nicht darum zu sagen «diese Menschen werden nicht diskriminiert». Es gibt sie tatsächlich, diese Art der Diskriminierung gibt es, das ist nicht wegzudiskutieren. Aber wir haben ein Gesetz und das muss nun einfach auch umgesetzt werden. Und es braucht nicht zusätzlich jetzt schon Massnahmen, bevor wir überhaupt die ersten, wirkungsvollen Umsetzungen erlebt haben. Dann steht für mich fest: Hetze und Hass ist keine Art, wie die SVP politisieren will. Ich möchte mich dagegen verwahren. Ich habe bei Daniel Wäfler kein einziges Wort gehört, das Hass oder Hetze verursacht, und er hat die Meinung der SVP vertreten. Das möchte ich hier festgehalten haben.

Aber es ist auch so, dass man aufpassen muss, wenn man von diesen LGBTI-Menschen spricht, ich habe etwas Mühe mit solchen Ausdrücken. Für mich ist ein Mensch ein Mensch, egal, welche Ausrichtung er lebt; ein Mensch ist ein Mensch. Aber die Freiheit des Einzelnen hört da auf, wo die anderen dann eingeschränkt sind. Und da möchte ich doch auch zu bedenken geben, dass es nicht so einfach ist, das alles so umzusetzen. Denn wenn ein Mann in eine Frauen-Badi will, fühlen sich vielleicht diese Frauen gestört. Oder umgekehrt: Eine Frau geht in die Dusche mit allen Männern, da ist vielleicht der Turnverein oder weiss was dabei, und die fühlen sich dann auch nicht wohl. Wo also ist die Grenze? Also man muss auch dieses «Sich-nicht-mehr-wohl-Fühlen» ernst nehmen, und dafür stehen wir auch ein. Und deshalb sagen wir Nein zu diesem Postulat und nicht, weil es darum geht, irgendwelche Hetze oder Diskriminierung zu befürworten. Das möchte ich festgehalten haben.

Brigitte Rössli (SP, Illnau-Effretikon): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich war zehn Jahre, von 1999 bis 2009, Co-Präsidentin der Lesbenorganisation Schweiz, LOS, und ich kann Ihnen sagen: Was heute abgeht in Zürich, in der Schweiz, übertrifft alles, was ich in meiner politischen Zeit erlebt habe, was Hass und Hetze gegen LGBTIQ-Menschen betrifft. Lesben, Schwule, Transgender, intersexuelle und queere Menschen – bisexuelle habe ich vergessen –, das heisst dieses Wort. Und was heute wirklich im Netz abgeht und was hier drin läuft gegen diese Menschen, das ist unerhört. Ich höre immer wieder von jungen Menschen, die an der Party zusammengeschlagen werden, grundlos, und der Ursprung liegt in den sozialen Medien, wo ungehemmt einfach Hetze betrieben werden kann.

Christoph Marty, Sie zeigen selber, wie wichtig dieses Postulat ist. Und da kommt mir der Gedanke, dass Sie scheinbar auch recht unsicher sind mit Ihrer Rolle als Mann, dass Sie so gegen uns schiessen müssen (*Zwischenrufe*).

Dann zu Erich Vontobel: Sie sagen, jeder Mensch verdiene Schutz. Da bin ich mit Ihnen voll und ganz einverstanden. Solange jemand respektvoll mit mir umgeht. Ich hatte zum Beispiel als 20- oder 25-jährige Frau eine andere Frau geküsst. Und dann stand ein Mann so da und schaute uns an. Da haben wir gefragt: Und? Wollen Sie noch weiter schauen? Da hat er gesagt: Ja, ich habe das noch nie gesehen. Das war für mich eigentlich noch respektvoll und wir konnten so umgehen miteinander. Aber was heute abgeht, ist eben nicht mehr respektvoll, denn es wird Hass verbreitet, unverblümt, und dazu aufgerufen, diesen Hass weiterzubreiten. Und deshalb müssen wir uns wehren und deshalb ist es wichtig, dass wir das anschauen, wie wir das im Kanton Zürich verbessern können. Ich glaube, ich habe jetzt frei alles gesagt, und beende mein Votum. Danke.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich möchte nur noch replizieren und einfach nochmals festhalten: Die SVP/EDU-Fraktion, wir stellen uns ganz klar gegen Hass und Diskriminierung. Wir sind für Toleranz (*Unruhe im Saal*). Und genau Ihr Raunen jetzt ist der Beweis dafür. Wir sind generell gegen Hass und Diskriminierung, und zwar, das kann ich Ihnen sagen, nicht nur bei queeren Menschen. Auch wir erleben Hass und Diskriminierung, ich könnte Ihnen Müsterchen erzählen. Wie oft komme ich mir vor wie ein Aussätziger, wenn ich sage «ich bin SVP-Fraktionspräsident». Dabei bin ich immer noch der Gleiche. Und das muss gestoppt werden. Das muss gestoppt werden, da sind wir uns, glaube ich, sogar einig. Und Hannah Pfalzgraf hat es gut gesagt und auch Herr Mani hat es gut gesagt: Es braucht einen gesellschaftlichen Wandel, und daran wird auch dieses Postulat nichts ändern. Kämpfen wir gemeinsam für den gesellschaftlichen Wandel, für Toleranz, gegen Hass, gegen Diskriminierung und für die Freiheit des Einzelnen. Es wurde gesagt, diese hört dort auf, wo der andere eingeschränkt wird. Setzen wir uns als Kantonsrätinnen und Kantonsräte dafür ein, befürworten wir diesen gesellschaftlichen Wandel, akzeptieren wir einander, wie wir sind, aber schüren nicht gegenseitig auch wieder Hass. Dieses Postulat wird daran nichts ändern, deshalb unterstützen wir es nicht. Herzlichen Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Geschätzter Martin Hübscher, ja, das ist schön, was du sagst, ich nehme dir das auch ab, ich kenne dich persönlich. Aber du bist Präsident einer Fraktion und bist in einer Partei, und wir hören von dieser Partei eben nicht immer diese schönen Worte, die auch jetzt ein bisschen nach «Kreide gefressen» tönen. Wir hören von dieser Partei, wie sie zum Beispiel gegen einen Gender-Tag in Stäfa hetzt, und zwar ganz gezielt hetzt, bis dieser Gender Tag wegen Gefahr gegen Leib und Leben abgesetzt werden muss. Und da müssen Sie jetzt nicht alle beschämt einfach in die Bänke schauen, sondern es ist tatsächlich so, und das geht halt nicht mit deinem sehr positiven Votum zusammen, Martin Hübscher, auch wenn ich das grundsätzlich inhaltlich mit dir teile. Ich habe von Herrn Wäfler ein George-Orwell-Zitat gehört und lese es gerne nochmals vor: «Falls Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.» Ja, nun gibt es halt sehr viele unterschiedliche Auslegungen dessen, was ein Mensch nicht hören möchte. Wenn Sie Ihren Chef auf seinen Fehler hinweisen, den er offensichtlich gemacht hat, dann will er das vielleicht nicht hören. Aber es ist vielleicht eine gute Freiheit, ihn darauf hinzuweisen, weil es auch dem Unternehmen nützt. Aber wenn Sie eine Person diskriminieren, dann will sie das nicht hören. Wenn Sie eine Person heruntermachen wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung oder ihrer sexuellen Orientierung, dann will sie das nicht hören. Das hat aber George Orwell hier auch nicht gemeint. Sie missbrauchen diesen Satz, Sie missbrauchen diesen Satz, um Meinungsfreiheit auf Hass und Hetze zu übertragen. Und Sie sagen auch «Hass und Hetze ist eine Meinung». Aber wir haben es vom Martin Hübscher gehört, Hass und Hetze ist keine Meinung, das habe ich so verstanden von ihm, und ich danke dir, Martin, dafür. Aber bitte, der Rest der Fraktion auch: Hören Sie auf Ihren Fraktionspräsidenten und hören Sie auf, Menschen mit Autofelgen zu vergleichen. Ich meine, was muss man da für ein Weltbild haben, sorry! Ich würde mich an Ihrer Stelle schlecht fühlen.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Ich begrüsse Altkantonsratspräsident Bruno Waliser (*Nationalrat*) auf der Tribüne. Und Nationalrat Mauro Tuena (*ebenfalls Altkantonsrat*) ist auch auf der Tribüne, selbstverständlich begrüssen wir auch ihn.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Diskriminierungsschutz wird nicht mit einem Postulat oder Bericht erreicht, und ich finde es schlimm, wenn wir hier Schweden als Beispiel zitieren. Schwedens Probleme mit importierter Gewalt wollen wir hier nicht in der Schweiz und Schwedens Probleme mit importierter Gewalt, diese Zustände wollen wir auch nicht lösen müssen, wir wollen nicht dorthin kommen. Aber Leandra Columberg hat unsere Partei als homogene Masse dargestellt, was eine Partei nie ist, sie hat immer mehrere Seiten. Und sie hat gesagt, unsere Partei und die Exponenten würden sich nie dagegen einsetzen. Da kann ich nur Gemeinderat Samuel Balsiger zitieren, der selbst vorstössig im Stadtparlament Zürich wurde. Sie haben nicht zugehört, was er dort gesagt hat, und Sie haben ihn nicht unterstützt. Ich glaube, hier müssen Sie sich selbst an der Nase nehmen. Wer Toleranz fordert, ist nämlich meistens selbst nicht so tolerant gegenüber anderen

Meinungen und gegenüber Andersdenkenden. Da kann man nur den Blick zitieren, als Marco Chiesa (*SVP-Parteipräsident*) mit Nicola Siegrist und den JUSO ein Bier trinken wollte. Was hat da Nicolas Siegrist gesagt? «Hass kann man nicht wegtrinken.» Das sind Ihre Worte. Sie sind ja diejenigen, die Hass schüren und die abgrenzen, also müssen Sie uns das nicht vorwerfen. Ich denke, der Bericht hier wird keine Lösung bringen. Er wird aufzeigen, wie die Situation ist, und er wird ein paar Vorschläge machen. Wir werden wieder darüber diskutieren, eine Lösung ist es nicht.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa): Mit welcher Leichtigkeit hier von der Gegenseite über Menschen geurteilt wird, ist in einer ganz tiefen Schublade anzusiedeln und macht betroffen. Christoph Marty kann sich offenbar – wir haben es schon mehrfach gehört – mehr in die Felgen seines Autos hineinversetzen als in einen Mitmenschen, der diskriminiert wird. Es wird einmal mehr klar, dass die SVP lieber für ihre Autos Politik macht als für die Menschen in diesem Kanton. Kollege Hübscher zeigt: Wenn es um seine eigene Diskriminierung geht, dann muss sofort etwas getan werden, dann muss gehandelt werden. Jedoch endet sein Verständnis für Diskriminierung, wenn es um Menschen geht, die nicht wegen ihrer SVP-Mitgliedschaft, sondern wegen ihrer Sexualität oder ihrem Gender zusammengeslagen werden. Kollege Lamprecht hat ja die Nächstenliebe in diese Debatte eingebracht. Aber wie so oft bei der EDU wird Nächstenliebe gepredigt, und wenn es konkret wird, dann wird diese schlussendlich aus dem bildlichen Freikirchenfenster geworfen.

Lassen Sie sich nicht auf die von der SVP/EDU so krampfhaft angestrengte Culture-War-Debatte ein, die sie für den Wahlkampf aus den USA importieren möchte, sondern zeigen Sie Verständnis für Ihre Mitmenschen und verurteilen Sie den Hass gegen diese Menschen. Zeigen Sie die Nächstenliebe auch in der politischen Realität und überweisen Sie das Postulat. Herzlichen Dank.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Martin Hübscher wurde direkt angesprochen und darf darum antworten.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Nur ganz kurz an Rafael Mörgeli, Sie haben mir offensichtlich nicht gut zugehört: Ich habe nicht gesagt, dass etwas getan werden müsse; übrigens wird ja etwas getan, aber ich habe das nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, wir erleben auch Hass und Diskriminierung, und das geht nicht. Es geht generell nicht. Danke, wenn Sie das nächste Mal gut zuhören und korrekt zitieren. Denn genau das ist auch ein Problem, dass man selektiv zuhört, selektiv und undifferenziert antwortet. Und genau das ist der Beginn von Hass und das wollen wir nicht und dafür stehen wir dafür ein. Daran ändert dieser Bericht nichts. Herzlichen Dank.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Dass Hassreden geahndet werden müssen, das steht ausser Diskussion. Ich möchte hier betonen: Bei diesem zitierten Gender-Tag in Stäfa waren die Hasskommentare nicht von Leuten hier drin geschürt worden

(*Zwischenrufe*), sondern von nationalen Persönlichkeiten (*gemeint ist Nationalrat Andreas Glarner*). Ich möchte einfach feststellen: Wir diskutieren hier über ein Nischenproblem. Es ist eine kleine Gruppe, die sehr laut ist, die sehr laut fordert, die auch Unverhältnismässiges fordert, denn schauen wir doch genau hin: Um wie viele Fälle geht es? Ich kann es Ihnen sagen, um wie viele Fälle es geht. Es gab nämlich Plakatkampagnen von Network, von Gay Leadership, von Pink Cross, von LGBTplus-Helpline, und ich zitiere von dieser Plakataktion. Hören Sie gut zu, es sind Fakten: 2020 wurde in der Schweiz pro Woche mehr als ein Übergriff auf LGBTplus-Menschen gemeldet. Wir reden also von 70 Vorfällen, von 70 Vorfällen, und da machen wir so ein Riesengeschrei um das. Ich kann Ihnen eine andere Zahl präsentieren, da empört sich kaum jemand, antisemitische Vorfälle im gleichen Zeitraum: 900 antisemitische Vorfälle, 900, mehr als das Zehnfache. Wo ist hier die Empörung? Nirgends. Ich finde darum: Lassen wir die Kirche im Dorf, machen wir aus dieser Thematik keinen Elefanten und lassen wir es dabei. Hass wird nicht mit einem Postulat gelöst. Gegen Hass sind alle hier drin, dafür verbürge ich mich, alle hier drin sind gegen Hass. Danke vielmals.

Manuel Sahli (AL, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte die Bemerkung meines ersten Votums zurückziehen, dass Sie von der SVP beziehungsweise Einzelvertreter von Ihnen nicht so dumm seien, jetzt so eine Scheisse von sich zu geben, wie wir soeben gehört haben (*Zwischenrufe*), und hier meine ich genau das Votum von Herrn Marty. Genau wegen Brandstiftern wie Ihnen braucht... (*Die Ratspräsidentin unterbricht den Votanten.*)

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Bitte achten Sie auf Ihre Wortwahl, Herr Sahli.

Manuel Sahli fährt fort: Meinungsäusserungsfreiheit ist kein Freipass, andere Menschen in solch einer Weise, wie Sie es gerade getan haben, herabzusetzen und zu diskriminieren. Und wenn da zuvor Ihr Fraktionskollege Respekt fordert für seine Positionen, nein, für solche Diskriminierungen gibt es keinen Respekt von mir. Ihr Votum war einfach nur dumm, schämen Sie sich!

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte mich hier auch noch einmal auf ein paar Voten beziehen, die von der rechten Ratsseite gehalten wurden:

Erstens: Hetze und Hass, das sind keine Meinungen, das ist Gewalt. Und das müssen wir unbedingt beachten und das muss in Erinnerung bleiben, denn wir sprechen hier nicht von der Beschneidung der Meinungsfreiheit. Wir sprechen vom Schutz vor Gewalt. Und das ist mir wichtig, dass Sie das im Kopf behalten, denn sonst können wir hier keine sinnvolle Diskussion führen.

Zweitens: Ja, wir haben Gesetze, und ja, vor Gesetz haben wir eine gute Gleichstellung. Doch wir wissen auch, dass Gesetze manchmal einfach nicht ausreichen. Wir sehen es bei den Frauen. Wir sehen, wir haben immer noch Lohnungleichheiten, wir haben immer noch eine stärkere Betroffenheit von häuslicher Gewalt.

Und das sagen die Statistiken, lieber Herr Egli. Denn im Gegensatz zu Ihnen informiere ich mich, lese wissenschaftliche Artikel, schaue Erhebungen an und rede nicht aus einem privilegierten Bauchgefühl heraus und habe dann das Gefühl: Nur weil es mir – oder jetzt in Ihrem Fall als weisser Cis-Mann – wahnsinnig gut geht in dieser Gesellschaft, geht es allen anderen genau gleich. Und hier noch was: Freiheit, es wurde viel von Freiheit gesprochen. Ja, «Freiheit» heisst aber auch, frei von Diskriminierung zu sein. Diese Freiheit zu haben, das scheint für Sie auf der anderen Ratsseite vielleicht eine Selbstverständlichkeit zu sein. Aber nicht alle haben dieses Privileg, in einem patriarchalen System perfekt eingerichtet zu sein, ein System zu haben, das auf sie ausgerichtet ist. Also schauen Sie doch mal über den Tellerrand, informieren Sie sich, reden Sie mit Menschen, die nicht die gleichen Privilegien haben, und überlegen Sie sich dann nochmal, ob wirklich alle frei von Diskriminierung sind hier in unserer Gesellschaft.

Ich glaube, zu Herrn Marty muss ich gar nicht mehr gross etwas sagen, das war ein wirklich ekelhaftes Votum von Ihnen. Es war diesem Rat nicht würdig. Aber alles, was nachher von der SVP kam, das finde ich schon interessant: Sie sagen «wir stellen uns gegen Diskriminierung». Aber ich habe kein einziges Wort von Ihnen gehört, wo sie sich gegen diese diskriminierenden, menschenfeindlichen Aussagen von Christoph Marty gestellt haben. Ich hoffe, Sie holen das nach, denn sonst sind Ihre Worte nichts anderes als leere Worthülsen, und ich kann das nicht ernst nehmen. Besten Dank.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Der Regierungsrat will dieses Postulat entgegennehmen, weil es a) dem Volkswillen entspricht. Das hatten wir heute schon einmal (*KR-Nr. 342/2020*). Es gab eine Abstimmung dazu und die fordert uns auf, hier zu handeln. Und weil b) Differenzverträglichkeit – und das ist mir das noch etwas liebere Wort als Toleranz – eine ganz zentrale Eigenschaft einer demokratischen Gesellschaft ist. Und diese muss vor Gewalt geschützt werden und – Frau Pfalzgraf hat es gesagt – Hetze und Hass ist Gewalt und nicht Meinung. Die Differenzverträglichkeit muss geschützt werden, indem wir uns klar abgrenzen gegen Hass und Gewalt. Wenn ich Ihnen zugehört habe, hatte ich bei Einzelnen das Gefühl: Ja, aber warum nur für die? Wir sind ja schliesslich auch von Hass betroffen. Oder die jüdischen Menschen sind von Hass betroffen. Warum jetzt ausgerechnet die?

Dann machen wir das doch für alle, machen wir doch dieses Postulat, wo wir Erfahrungen sammeln mit gewissen Massnahmen, die bewährt sind, und dann können wir es auf andere Bevölkerungsgruppen auch ausdehnen. Es hat doch niemand das Gefühl hier, die einen müssten geschützt werden und die anderen müssten Hass ertragen. Das ist doch eine falsche Argumentation. Wir wollen alle gegen allen Hass vorgehen. Tun wir das doch! Wir haben heute Morgen mal mit Ihnen selber begonnen, mit den Politikerinnen und Politikern, weil wir dort handeln können, weil wir verantwortlich sind, das politische Geschehen vor Gewalt zu schützen. Dort können wir handeln. Wir müssen aber auch an anderen Orten handeln. Jetzt ist es die LGBTIQ-Bewegung, weil da eine Volksabstimmung stattgefunden

hat, die das von uns erfordert. Es gibt andere Gruppen, die auch von Hass und Hetze, und auch Parteien, die von Hass und Hetze betroffen sind.

Ein ganz zentraler Punkt ist die Anonymität. Und hier ein Appell an die Medien: Überlegen Sie sich doch tatsächlich ernsthaft einmal, ob Sie nicht in Ihren Kommentarspalten die Identifikation dieser Meinungsmenschen offenlegen müssen. Ich glaube tatsächlich, hier könnte die Schweiz eine Pionierrolle spielen, wenn Sie sich national und international dafür einsetzen würden, dass soziale Medien und alle Online-Kommentare nicht möglich sind in einer anonymisierten Form. Das ist ein Kern dieses Übels und das müssen wir gemeinsam, meine Damen und Herren, gemeinsam angehen. Wir werden das mit diesem Postulat in einem Schritt tun können. Es werden ganz sicher noch weitere folgen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 117 : 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 377/2020 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.